

Zahnsteiner Tageblatt

Bezugs-Preis.
durch unsere Boten in's
Haus gebracht, monatlich
1.— Mk., bei der Post ab-
gefordert vierteljährlich 2.70 Mk.

Kreisblatt für den
Einziges amtliches Verkündigungs-
Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen
blatt sämtlicher Behörden des Kreises.
Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Erscheint täglich
werktags. — Anzeigenpreis
die einspaltige kleine Zeile
25 Pfg., auswärtige An-
zeigen 30 Pfg.

Nr. 150.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Fr. Schödel
(Inh. Fritz Mohr) Oberlahnstein.

Mittwoch, den 16. Juli 1919.

Verantwortlich:
Schriftleiter Fritz Mohr, Oberlahnstein.

57. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Abdruck.

Polizeigerichtssitzung vom 27. Juni 1919.

Vor- und Nachnamen der Angeklagten	Bezeichnung der Vergehen	Strafen
Greuling Georg in Limburg	Versuch vom dem unbefestigten Gebiet in das besetzte Gebiet zu reisen.	8 Tage Gefängnis 200 Mark Geldstrafe
Krang, Ludwig Limburg	do.	do.
Krang, Elise Limburg	do.	Frei- gesprochen
Roth, Katharina Niederlahnstein	Unverschämte Haltung fran- zösischen Soldaten gegenüber	20 Mark Geldstrafe
Seibel, Anna Niederlahnstein	do.	50 Mark Geldstrafe

Beginn des redaktionellen Teiles.

Politische Nachrichten.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Weimar, 14. Juli. Vor den Mitgliedern der Nationalversammlung hielt heute abend der sozialdemokratische Abg. Stübben als Vorsitzender der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene einen Vortrag über die Vorbereitungen, die für die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen getroffen worden sind. Es ist eine umfangreiche Organisation geschaffen worden. Die Mittel werden von der Reichszentralstelle zur Verfügung gestellt. Die Gefangenen sollen an der Grenze herzlich begrüßt werden. Dann werden sie in Durchgangslager verbracht, wo sie zwei bis drei Tage sich aufhalten müssen zur Entlausung, Entseuchung u. Untersuchung und Feststellung der Kriegsschäden. Dann werden sie, soweit Kleidervorräte vorhanden sind, neu eingekleidet. Jeder wird es sich nicht ermöglichen lassen, jedem Kriegsgefangenen einen neuen Anzug zu geben. Sie müssen zufrieden sein mit dem, was sie haben, und den Verbesserungen und Ergänzungen, die sie dazu erhalten. Jeder Kriegsgefangene erhält 50 M. ausbezahlt und Gebühren für die Fahrt nach Hause, außerdem die tägliche Verpflegung zu dem Satz von 2,70 M., so daß auch der gemeine Mann mindestens 300 M. bekommt. Alles ist darauf eingestellt, daß niemand auch nachher hilflos herumirrt. Es soll auch später für das Fortkommen der Kriegsgefangenen gesorgt werden. Es werden Versuche angestellt, ihnen zunächst kostenlos einen Landaufenthalt zu verschaffen.

Der deutsch-französische Zwischenfall.

Berlin, 14. Juli. Die Tötung des französischen Sergeanten Manheim beschäftigt auch weiterhin die Berliner Kriminalpolizei. Am Montagvormittag wurden etwa 20 Zeugen vernommen, die die Vorfälle in der Friedrichstraße und vor dem Hotel gesehen haben. Jeder Zeuge schildert die Vorgänge in einer anderen Phase, und aus den einzelnen Aussagen muß das Gesamtbild zusammenge stellt werden. Die fünf Soldaten, die die unmittelbare Ursache zu den Vorfällen waren, sind ermittelt worden. Es heißt, daß sie durch falsche Angaben anderer Passanten auf die beiden Franzosen Manheim und Trapiert gehegt worden sind. Man kann aber mit ziemlicher Gewißheit sagen, daß die bisherigen Ermittlungen keinerlei Schuldbeeweise zu Lasten der beiden Franzosen gebracht haben. Es ist immerhin möglich, daß das, was den Franzosen von den nächsten Spaziergängern zur Last gelegt wurde, von einer anderen Gruppe ausländischer Soldaten verursacht worden ist.

Unser diplomatischer Dienst.

Weimar, 15. Juli. Nach der Ratifikation des Friedens wird die Reichsregierung bemüht sein, so bald wie möglich einwiesengeschäftsträger in die bisher feindlichen Länder zu schicken. Die Personalfrage wird nicht leicht zu lösen sein. Die Regierung ist gesonnen, nicht ausschließlich Diplomaten hinauszuschicken, sondern auch Männer aus dem öffentlichen Leben, die gemäß ihrer Vorbildung und Tatkraft für die Vertretung deutscher Interessen im Ausland geeignet erscheinen.

Der Landarbeiterausstand.

Berlin, 15. Juli. Der Berliner Verkehrsstreik ist offiziell beendet. Bereits haben auch die Omnibusse den Verkehr wieder aufgenommen, während die Straßenbahn und die Hoch- und Untergrundbahn im Laufe des Tages wieder ihre Tätigkeit beginnen sollen.

Jetzt dürfte der bereits in einigen Kreisen zum Ausbruch gekommene Landarbeiterstreik mit den gerade für die Arbeiterschaft und ihre Ernährung drohenden Gefahren erneut darauf hinweisen, welchen Interessen diese systema-

tische Ausstandspropaganda dient. Die Bewegung soll sich auf Schleswig-Holstein, Pommern und Westfalen ausdehnen. Im Kreis Bielefeld sollen bereits 3000 Landarbeiter in den Streik getreten sein, obwohl ihre Lohnforderungen im großen und ganzen bewilligt worden seien.

Daß die Regierung den Willen (auch die konsequente Kraft und den Einfluß) hat, dieser Bewegung mit scharfen Mitteln entgegenzutreten, ergibt sich daraus, daß von dem Kommandierenden General in Stettin der bisher auf den Stadtkreis Stettin beschränkte Belagerungszustand auf die Landkreise Demmin, Anklam, Uckermark, Randow und Greifenhagen sowie auf den ganzen Regierungsbezirk Stralsund ausgedehnt wurde. Die Bedrohung der Ernteeinbringung gerade in der wichtigsten Zeit des Jahres ist von einer derart furchtbaren Gefahr, daß man auch hier wieder von einer politischen Bewegung sprechen kann. So wird der angeordnete Belagerungszustand die einzige Erfolg versprechende Möglichkeit wirksamen Entgegnetretens gegen diese von Volksgenossen gegen Volksgenossen angebrochte Hungersblockade bilden.

Verstaatlichung der Elektrizitätswerke.

Berlin, 15. Juli. Wie man aus parlamentarischen Kreisen hört, wird sich der Ministerpräsident Bauer bei der Entwicklung des Programms der neuen Regierung u. a. auch über die künftige Regelung der Elektrizitätswirtschaft im Reich äußern. Wir erfahren dazu weiter, daß die bisherigen Pläne über die Reichselektrizitätswirtschaft mit dem Ausscheiden Willels vollständig fallen gelassen worden sind. An ihrer Stelle ist die Errichtung eines Reichselektrizitätsmonopols in Aussicht genommen, das sich auf die Leitung elektrischen Stroms bezieht und eine Ablösung der Erzeuger vorsieht. Die in Frage kommenden Anlagen sollen enteignet werden, und zwar nach Grundsätzen, die eine außerordentlich niedrige Entschädigung der bisherigen Besitzer bedeuten. Man will auf diese Weise offenbar die aufzuwendenden Mittel in möglichst engen Schranken halten und auf der anderen Seite in der Erkenntnis, daß aus dem Monopol nicht allzu viel für das Reich herauszuspringen wird, wenigstens eine halbwegs erprießliche Rentabilität sichern.

Deutschnationaler Parteitag.

Berlin, 14. Juli. Aus den Verhandlungen des deutschnationalen Parteitages heben die Blätter hervor, was Graf Westarp ausführte. Es sei mit einer großen Auswanderung zu rechnen, aber diese Auswanderer würden empfinden, daß ihre und Ansehen eines Volkes von höchster Bedeutung seien. Wir würden auf kontinentale Politik angewiesen sein, aber auch in dieser Beziehung würden wir überall auf die Mauern unseres Gefängnisses stoßen. Die wünschenswerte Verständigung mit Frankreich könne nicht kommen solange ein französischer Fuß die Rheinufer betrete. Zwischen Polen und Deutschland sei keine Freundschaft möglich. Mit den Bolschewisten könne kein Pakt abgeschlossen werden.

Der frühere Staatsminister v. Delbrück sprach ausführlich über den inneren Wiederaufbau. Diejenigen, die die Gesundung erst abwarten, nachdem wir durch den Bolschewismus durchgegangen seien, wären zu belächeln. Sozialdemokratie und Zentrum würden für die nächste Zukunft weiter die Mehrheit bilden. Mit der Deutschen Volkspartei sei seitens der Deutschnationalen eine Arbeitsgemeinschaft anzustreben.

Verschiedene politische Nachrichten.

Weimar, 15. Juli. Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte wird, wie wir hören, in den nächsten Tagen der Nationalversammlung zugehen. Die programmatische Rede des Ministerpräsidenten Bauer ist einstweilen auf Dienstag nächster Woche verschoben worden.

Tilsit, 14. Juli. Nach Meldungen der Tilsiter Zeitung weist seit gestern in Tilsit ein Ausschuss der Verbandsmächte. Die Litauer haben gefordert, daß Tilsit auch abgetreten werde; der Ausschuss prüft die Angaben der Litauer.

Berlin, 14. Juli. In Tilsit haben die Bolschewisten von neuem die Macht in Händen. Massenverhaftungen fanden statt. Nicht weniger als 6000 Bewohner wurden erschossen, darunter Rechtsanwalt Kereniski, ein Bruder des früheren russischen Staatschefs.

Wien, 14. Juli. Wie die Blätter melden, werden die in Ungarn interniert gewesenen deutschen Soldaten mit dem Generalfeldmarschall v. Mackensen in den nächsten Tagen auf dem Wege nach Deutschland durch Wien kommen und sich hier einige Tage aufhalten.

Saag, 15. Juli. Da die Feindseligkeiten in Ungarn weiter fortbauern, bleibt die über dieses Land verhängte Blockade weiterbestehen.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Graf Bentind, in dessen Schloß in Amerongen der frühere Kaiser wohnte, erklärte Zeitungsvetretern gegenüber: Der Kaiser habe sich der holländischen Regierung gegenüber auf Ehrenwort zum

Verbleiben in Amerongen verpflichtet, weshalb eine Flucht nicht stattfinden werde und eine schärfere Bewachung unnötig sei. Der Kaiser habe, dem Wunsch seiner Familie entsprechend, das Schloß Amerongen seit dem 15. Dezember überhaupt nicht mehr verlassen.

Rotterdam, 14. Juli. Der Dampfer 4 Prinzess Matoyla mit etwa 1600 aus Amerika ausgewiesener Deutschen an Bord ist heute nachmittag hier eingetroffen.

Saag, 15. Juli. Aus Washington wird gemeldet: 6 Bataillone amerikanischer Truppen sind für den Dienst in Europa abgereist.

Amsterdam, 14. Juli. Die Daily News schreibt in einem Leitartikel: Der Beschluß der Nationalversammlung den Friedensvertrag zu ratifizieren, ist eines der vielen Anzeichen dafür, daß Deutschland entschlossen ist, sich mit der Energie, die es in seinen industriellen Unternehmungen stets gezeigt hat, dem Wiederaufbau seines zerrütteten Vermögens zu widmen. Die Rede Erzbergers über die finanziellen Maßnahmen, die notwendig sind, um den Kredit wiederherzustellen und die Entschädigungen zu zahlen, beweist Mut und den konstruktiven Weitblick. Deutschland hat gelernt, daß Reichtum nur durch Produktion erreicht werden kann. — Die Daily News kommt zu dem Schluß, daß ein stabiles Deutschland eine wesentliche Bedingung für die Stabilität Mitteleuropas ist.

Das englische Unterhaus hat das Transportgesetz angenommen. Damit ist das englische Verkehrswesen nationalisiert. — In die Ausländerbill wurde eine Klausel aufgenommen, in der die Beschäftigung von Ausländern auf 10 Prozent beschränkt wird.

Die Beschlagnahme aller Besitzungen des Königs Ferdinand von Bulgarien in England im Werte von 400 000 Pfund ist angeordnet worden.

Die holländische Erste Kammer hat mit 34 gegen 5 Stimmen die Vorlage auf Einführung des Frauenwahlrechts angenommen.

Laut Allgemeinen Handelsblatt ist die Ausfuhr von Wein aus den Niederlanden wieder gestattet.

Entgegen anders lautenden Nachrichten hören wir, daß Graf Broddorf-Rangau den ihm angebotenen Posten eines deutschen Botschafters in London abgelehnt hat.

Nach dem Corriere della Sera beschloß der Finanzausschuss der Briefzensur gegenüber den Zentralmächten und den Neutralen wieder aufzuheben. Die Presse sieht darin eine große Handels erleichterung für Deutschland.

Die Reichseinkommensteuer.

Weimar, 15. Juli. Aus der Besprechung des Reichsfinanzministers mit den einzelstaatlichen Finanzministern erfahren wir, daß nach den Vorschlägen des Reichsfinanzministers die direkten Steuern bis auf das äußerste zulässige Maß durch das Reich ausgeschöpft werden müssen. Zuschläge zur Reichseinkommensteuer durch die Staaten und Gemeinden sollen nicht erhoben werden. Es soll also nur eine einzige Einkommensteuer zur Erhebung gelangen, von der das Reich einen entsprechenden Teil an die Staaten und die Gemeinden abgibt.

Die Reichseinkommensteuer wird dem Parlamente erst im Oktober zugehen, dagegen ist beabsichtigt, die Reichsabgabeverordnung möglichst bald der Nationalversammlung zu überreichen.

Karlsruhe, 14. Juli. Am 12. Juli war in Heidelberg eine Besprechung der Regierungen von Württemberg, Baden und Bayern über die neuesten Pläne des Reichsfinanzministeriums über die Festlegung, Erhebung und Verwaltung der Staats- und Gemeindeabgaben. Die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums, die in ihrer Wirkung die Steuerhoheit der Einzelstaaten vollständig aufheben und das sogenannte Votationsrecht an ihre Stelle setzen, wurden einhellig abgelehnt.

Duodez-Staat Birkenfeld.

Birkenfeld, 15. Juli. In der Provinz Birkenfeld ist gestern die Republik Birkenfeld als selbständige Republik unter eigener Verwaltung im Verande des deutschen Reiches ausgerufen worden. Eine provisorische Regierung hat sich gebildet.

Birkenfeld, 15. Juli. Nach Ausrufung der Republik Birkenfeld bleibt die alte Regierung noch im Amt, bis am Donnerstag der neu gewählte Landesauschuss zusammentritt, um über die weitere Zukunft des Landes zu entscheiden. Die Bestrebungen der Republik zielen auf eine Vöstrennung von Odenburg und auf den Anschluß der Republik Birkenfeld an ein größeres möglichst benachbartes Staatsgebilde.

Syndikalismus oder Sozialismus

Von Dr. Lujo Gein.

Die größte Ueberraschung, die uns die soziale Revolution gebracht hat, war das Aufkommen syndikalistischer Tendenzen. Ein Aufschwollen der sozialistischen Energien

nach Abschluß dieses Krieges, namentlich, falls er unglücklich verlaufen sollte, hatte jeder erwartet. Als dann die Revolution ausbrach, glaubte man, daß sich nunmehr die sozialistischen Tendenzen in Reinkultur in bisher nicht gekannter Weise durchsetzen würden. Indessen die Revolution wurde für die Führer des Sozialismus mindestens zu einer so großen Überraschung wie für jeden anderen. Denn unter Sozialismus hatte man in Deutschland, und zwar gerade in führenden sozialistischen Kreisen, eine Übertragung der Funktionen des Unternehmers auf die im Staate verkörperte Gemeinschaft verstanden. Indessen zeigte es sich bald, daß dies zwar unter Sozialismus die Führer, nicht aber die Massen verstanden. Die Massen waren, wie sich herausstellte, durch und durch mit syndikalistischem Geiste durchsetzt. Ein Syndikalismus in diesem Umfange war in Deutschland zuvor unbekannt gewesen, im Gegensatz zu Ländern wie Frankreich und Italien. So sieht sich der Sozialismus heute gezwungen, zu diesem Problem deutlich Stellung zu nehmen.

Ein Artikel von Karl Korsch im „Sozialist“ befaßt sich mit dieser Auseinandersetzung unter der bezeichnenden Überschrift: „Das sozialistische und das syndikalistische Sozialisierungsprogramm.“ Korsch meint, daß der Sozialismus den berechtigten Kern der syndikalistischen Ideen (?) in sich aufnehmen müsse. Er sagt, kein Sozialisierungsplan, möge er sonst aussehen, wie er wolle, könne als eine befriedigende Erfüllung der Vergesellschaftungs-idee anerkannt werden, der nicht in der einen oder anderen Form dem Gedanken der industriellen Demokratie in weitem Umfange Rechnung trage, also dem Gedanken der direkten Beherrschung und Verwaltung jedes Industriezweiges, wo nicht jedes einzelnen Betriebes, durch die Gemeinschaft der arbeitenden Betriebsbeteiligten und durch ihre von ihr selbst gewählten Organe. Zwar sieht auch Korsch ein, daß die moderne Form des Großbetriebes eine entschiedene Durchführung der Arbeitsdisziplin verlangt. Der maschinelle Großbetrieb habe die gewaltige Entfesselung der Produktivkräfte zumeist gebracht, ohne die weder die kapitalistische Wirtschaft noch auch das System der sozialistischen Gemeinwirtschaft seine ökonomischen Aufgaben erfüllen könne. Die unvermeidliche Folgeerscheinung jeder maschinellen Großindustrie sei organisierte Arbeit, und organisierte Arbeit bedeute die Unterordnung sämtlicher Arbeitsteilnehmer unter den einheitlichen Willen der Leitung. Während der Arbeit müsse daher die Masse der Arbeitenden dem allein entscheidenden Leiter des Produktionsprozesses in willensloser Abhängigkeit unterworfen sein.

Darin kann man Korsch durchaus beistimmen. Entschieden aber widersprechen muß man ihm, wenn er weiter sagt: wer der Leiter des Produktionsprozesses sein sollte und wie lange er in der leitenden Stellung verbleiben dürfe, das solle in den Betriebsversammlungen jedes einzelnen Betriebes bestimmt werden, das solle die souveräne Arbeiterdemokratie vermittelst des Systems der industriellen Arbeiterräte durch jederzeit widerrufliche Beschlüsse in voller Freiheit selbst bestimmen. Dieser Standpunkt ist selbst von sozialistischen Gesichtspunkten aus auf das entschiedenste zu bekämpfen. Bereits ist man in Rußland, wo man zuerst diesen Grundlag zur Geltung gebracht hatte, nach bösen Erfahrungen rasch von ihm abgekommen, und selbst der ungarische Kommunismus hat ihn von Anfang an fallen lassen. Es ist völlig unmöglich, den Arbeitenden selbst zu überlassen, wen sie zum Produktionsleiter haben wollen, mit dem Recht, ihn jederzeit wieder abzuheben. Auf diese Weise kommt niemals die tüchtigste und energischste Persönlichkeit an die Spitze der Produktion, sondern diejenige, welche sich dem Willen und den Wünschen der Arbeitenden am ehesten fügt und sich allen ihren Reizungen am besten anpaßt. Auf diese Weise wird niemals eine nur einigermaßen beträchtliche Produktion zu erzielen sein. Die von der Arbeiterchaft gewählten Pro-

duktionsleiter stehen ständig unter der Furcht, abgesetzt zu werden, falls sie sich mißliebig machen. Der Produktionsleiter darf unter keinen Umständen vom Willen der Arbeitenden abhängig sein, nicht im kapitalistischen, nicht im sozialistischen Staat.

Generalversammlung des Mittelrheinisch-Rheinischen Bauernvereins in Coblenz.

Am Montag, den 14. Juli fand in Coblenz eine Generalversammlung des Mittelrheinisch-Rheinischen Bauernvereins statt. Den Vorsitz führte Herr Justizrat Dr. Dahlem-Niederlahnstein. Direktor Kirchert erstattete den Jahresbericht. Fast ohne Debatte wurde auch die Erhöhung des Beitrages auf 6 M. jährlich angenommen. Nach einem Vortrag des Herrn Dr. Müller-Köln über die Lage der Landwirtschaft in Deutschland wurden u. a. folgende Resolutionen angenommen:

1. Die Landwirtschaft ist mit möglicher Beschleunigung von dem Druck der Zwangswirtschaft zu befreien. Der Abbau der Zwangswirtschaft muß sich auf alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse erstrecken; insoweit dies zur Zeit noch nicht möglich ist, muß ein gewisser Teil der betreffenden Erzeugnisse dem Erzeuger zur freien Verfügung überlassen werden. Ganz besonders dringlich ist die Beseitigung des Zwanges der Viehabgabe und des den Viehhandelsverbänden übertragenen Handelsmonopols. Es muß außerdem verlangt werden, daß die von den Viehhandelsverbänden angekauften Gelder in geeigneter Form an die Landwirtschaft zurückgeführt werden. Die Bestimmungen über den Saatgutverkehr müssen abgeschafft werden.

2. Hinsichtlich derjenigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, für welche die Zwangswirtschaft noch nicht sofort beseitigt werden kann, muß eine höhere Preisfestsetzung verlangt werden, besonders für Schlachtvieh und Getreide.

3. Die bisherigen freien landwirtschaftlichen Vereinigungen, im besonderen die Bauernvereine sind vollausgestattet, die Interessen des Bauernstandes nach jeder Richtung hin zu vertreten. Die Generalversammlung lehnt daher die in der Rheinprovinz gebildete Freie Bauernschaft ab. Sie empfiehlt ferner ihren Mitgliedern, sich der Christlichen Bauernschaft der Rheinlande fernzuhalten und rät dringend ab, sich den Kreisbauernschaften anzuschließen.

4. Sie erhebt Einspruch dagegen, daß in der Vermögensaufstellung zum Zwecke der Feststellung des Vermögenszuwachses die Grundstücke nach dem Verkaufswert und nicht nach dem Ertragswert eingeschätzt werden sollen.

5. Die Generalversammlung fordert erneut das Wahlrecht zur Landwirtschaftskammer für die Bauernschaft. Die Bauernschaft erwartet, daß ein neues auf demokratischen Grundsätzen aufgebautes Wahlrecht zur Landwirtschaftskammer der Bauernschaft ohne Verzug gegeben wird.

6. Die Generalversammlung fordert, daß die rheinische Landgemeinordnung einer gründlichen Umgestaltung unterzogen wird.

7. Die Generalversammlung betrachtet es als eine große Härte gegenüber den im landwirtschaftlichen Betriebe Verunglückten, bezw. deren Hinterbliebenen, daß in der R. V. ein Unterschied zwischen der landwirtschaftlichen und der gewerblichen Arbeit gemacht wird. Sie beauftragt deshalb den Vorstand dahin wirken zu wollen, daß eine Revision der Reichsversicherungsordnung vorgenommen wird.

In einem Schlußwort behandelte Dr. Dahlem seine Stellungnahme zur Rheinischen Republik.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 16. Juli.

Steuernachrichtigungen. Seit einigen Tagen werden die Staatssteuernachrichtigungen der über 3000 Mark Einkommen habenden Steuerzahler zugestellt. Es werden nun infolge der hohen Löhne in diesem Jahre

viele Steuerpflichtige dabei sein, die in früheren Jahren, weil sie ein Einkommen unter 3000 Mark hatten, keine Benachrichtigung erhalten haben, sondern direkt den Steuerzettel. Für einen etwaigen Einspruch ist aber die Zustellung der Benachrichtigung maßgebend und nicht der Steuerzettel. Erhält z. B. jemand eine Benachrichtigung über 60 Mark Staatssteuer, so erhebt die Gemeinde bei 200%, 120 Mark, sodaß der Steuerzettel zusammen 180 Mark beträgt.

Besserung des Zugverkehrs. Ueber die Verkehrslage auf den preussischen Eisenbahnen wird von gut unterrichteter Seite mitgeteilt, daß sich der Reparaturstand von Wagen und Lokomotiven langsam aber ständig bessert. In der nächsten Zeit kann daher mit einer weiteren Besserung der Fahrpläne gerechnet werden. Ob aber diese Besserung auch anhalten wird, bleibt bei der durchaus unsicheren Lage der Kohlenversorgung im nächsten Winter abzuwarten.

Neuer Zug. Vom 15. d. Mts. verkehrt folgender Zug: (Eisenwagen) Reiert ab 940, Camp 948, Osterpau 958, Braubach 1008, Oberlahnstein 1018, Niederlahnstein an 1028. Der Eisenwagen 855 ab Niederlahnstein fährt jetzt bis Reiert an 938 (früher nur bis Osterpau).

Die großen Herbstferien in den Schulen beginnen in diesem Jahre Mittwoch den 6. August und dauern bis Mittwoch, 10. September, also fast 5 Wochen.

Metallversorgung. Wie schon früher bekannt gegeben, sind gewisse Sparmetalle wie Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Weißblech pp. nur gegen Bezugsscheine zu beziehen. Die Bezugsscheine werden für Kupfer, Messing, Blei, Zinn durch Vermittlung der Handwerkskammer, jetzt durch die Metallberufsstelle und Verteilungsstelle für Handwerksbetriebe zu Hannover, für Weißblech durch die Handwerkskammer direkt ausgestellt. Zum Bezuge dieser Scheine sind aber nur die Handwerker berechtigt, die ihren Betrieb bei der Metallberufsstelle in Hannover ordnungsmäßig angemeldet haben. Wer dies bisher nicht getan hat, hole dies durch Vermittlung der Handwerkskammer Wiesbaden sofort nach. Für angemeldete Handwerker empfiehlt es sich, ihren Bedarf an oben genannten Metallen allmonatlich bis spätestens zum 5. bei der Handwerkskammer Wiesbaden einzureichen. Nach dem 5. einlaufende Meldungen für den laufenden Monat werden nicht mehr berücksichtigt.

Die neue Umsatzsteuer. Die Finanzlage des Reiches ist dermaßen schwierig, daß die in der Umsatzsteuer geschaffene Verbrauchsabgabe in stark erhöhtem Maße bei der Ausbringung der benötigten Mehreinnahmen herangezogen werden muß. Wie nach den Berliner politischen Nachrichten verlautet, ist in dem von dem Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die neue Umsatzsteuer eine Erhöhung des Steuerfußes von 0,5 Prozent auf ein Prozent vorgesehen. Bei der Finanzlage des Reiches genügt aber die Verdoppelung noch nicht, vielmehr wird bei Übergang an den Kleinhandel mit noch wesentlich höheren Sätzen zu rechnen sein. Angesichts der bevorstehenden neuen Verbrauchsbelastung, die eine allgemeine sein wird, da jeder Umsatz, auch der Umsatz von Nahrungsmitteln, steuerpflichtig sein soll, darf vielleicht ein Trost darin erblickt werden, daß die Preiserhöhung infolge der neuen Steuerfüße im Vergleich zu dem gegenwärtigen Stande der Preise nur gering und, wenn diese Preise zurückgehen, erträglich sein wird. Entsprechend der allgemeinen Erörterung der umsatzsteuerpflichtigen Waren soll auch die Liste der der Umsatzsteuer unterliegenden Gegenstände eine erhebliche Erweiterung erfahren.

Urlaub an Lehrer zur politischen Betätigung. In einem neuerlich herausgegebenen Erlaß macht der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung darauf aufmerksam, daß bei Verlaubungen der Lehrkräfte zur Betätigung in Gemeindeverwaltungen oder zur Erledigung von Angelegenheiten, die ihnen von seiten einer politischen

Glühender Lorbeer.

Roman von A. Seiffert-Klinger.

68

(Nachdruck verboten.)

„Was hast du an so einer überspannten, nichts sagenden Klederei!“ drang er in hartem ostpreussischen Dialekt auf sie ein, „ich werde dir ein Bild zeigen, was mir gefällt, und woran wir beide Freude haben könnten. Das Ding da wird mich ewig stören, wenn du es wirklich kaufst!“ er wies mit breitem, plumpem Daumen auf Reinholds Gemälde.

Der fühlte, wie es ihn heiß und kalt überlief. Kaufen wollte die Dame kein Bild? Ein solcher Gedanke, daß das Gemälde einen Käufer finden könne, war ihm noch gar nicht gekommen. Das wäre ja ein Glück für ihn, so groß, daß er es nicht auszudenken wagte.

Die Dame schüttelte den Kopf, ohne ihn auch nur um eine Linie nach dem Sprechenden zu wenden.

Doch in diesem Moment sah der Herr, mit welchem sie sich lebhaft unterhalten, der Geschäftsführer, Reinhold, begrüßte ihn mit einer respektvollen Verneigung und winkte ihn heran.

„Herr Beestow, die Dame, Frau Leonhardt, unsere hochverehrte Primadonna, wünscht Ihre Bekanntschaft.“

„Ach, das trifft sich gut,“ mit einer graziosen Bewegung erhob sich die Künstlerin, und Reinhold sah nun in ihr schönes, berggewinnendes Gesicht mit den strahlenden blauen Augen, in denen ein fast unirdisches Licht glänzte.

Zwanglos reichte sie ihm die feine, schmale Rechte, welche der Maler euerbetig mit den Lippen berührte.

„Ja, ich möchte Ihr Bild kaufen, Herr Beestow, trocknen mein Mann!“ — sie wies gleichsam vorstellend auf „das Monstrum“ — „ein anderes Gemälde in Vorzug bringe. Aber ich habe mich so für Ihre Marienkönigin begeistert, daß ich sie keinem anderen gönne.“

Reinhold verneigte sich auch vor Leonhardt und legte seine Hand tüchtig in dessen ausgestreckte Rechte. Dabei

mußte er immer denken: „Diese Stimme, o, diese süße, holdselige Stimme!“ Wie ein Wirbel stürmte es von seinen Fußspitzen bis ins Hirn hinauf. Dann war er ja, wenn sein Kind geboren wurde, nicht mehr abhängig von seiner Frau. Mit sechstaufend Mark war das Bild ausgezeichnet. Wollte die Künstlerin den vollen Preis bezahlen?

„Des Menschen Wille ist sein Himmelreich,“ meinte Franz Leonhardt, zog seine Brieftasche und füllte ein Schekelformular aus, es Beestow, der wie betäubt dastand, überreichend, „die Idole dort von dem Maler Linden ist ja nun mein Geschma.“

„Linden —?“ Beestow erbeute, sah fragend den Geschäftsführer an.

Der selbe nickte. „Erst gestern angekommen, Herr Beestow. Ich gratuliere zum Erfolg. Und Sie, gnädige Frau, werden den Ankauf nicht bereuen!“ höflich wandte er sich an Leonhardt: „das Bild wirkt nur im ersten Moment übermäßig, mein Herr, es ist eine feine durchdachte, großartige Arbeit, das wird Ihnen auch noch klar werden.“

Beestows Blick gingen von der anmutigen, mit allen Reizen ausgestatteten Erscheinung der süßen Frau zu der hölzernen, steifen Gestalt des Mannes.

Wie war es möglich, daß ein so gottbegnadetes, ideal schönes Wesen den groben, häßlichen „Bauern“ sich zum Gatten gewählt hatte?

Er stammelte seinen Dank und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß sie an seiner Kunst so viel Gefallen fand.

„Das Bild ist wunderbar in seinen Einzelheiten, von einer internen, nicht für jedermann verständlichen Schönheit. Und darum wünsche ich auch, daß Sie mich malen. Ich habe vor den Ferien noch einige Male zu Ihnen, darum könnten wir erst in zehn Tagen mit den Stellungen beginnen. Ich bleibe dann so lange in Berlin, wie es Ihnen im Hinblick auf mein Porträt notwendig erscheint.“

„Ich stehe ganz zu Ihrer Verfügung, gnädige Frau, und danke Ihnen nochmals von ganzem Herzen.“

Auch von dem Ehemanne verabschiedete er sich mit höflichen Worten und ging, immer noch von der heimlichen Furcht gequält, dies alles könne ein Traum sein, der im nächsten Moment zerrinnen müsse.

Dann stand er im nächsten Saal ganz unvermalt vor Lindens Bild, das an klarer Schönheit und Auffassung die „Marienkönigin“ weit übertraf.

Da hatte der „Bauer“ doch sehr richtig geurteilt, die „Klostermauer“ von Linden war ein Werk, an dem man jeden Tag von neuem seine Freude haben konnte.

Von einer Höhe herab sah man auf zerbrockelnde Bogen und Pfeiler, um welche sich die Blüthenzweige knorriger Obstbäume wanden. Frühlingssonne malte bis in die verstecktesten Ecken des Winkels ihre goldenen Tinten. Da, wo eine steinerne Bank, auf welcher Mönche einst den Abendstunden gelesen haben mochten, zusammengebrochen war, blühte neues Leben auf. Eine junge Mutter sah auf den Trümmern, zu ihren Füßen spielten zwei pausbäckige Kinder, ein Mädchen und ein Knädelchen, wie segnend wölbte sich über ihnen laubentartig gewachsenes, mit jungem Grün bedecktes Strauchwerk.

Reinste Daseinsfreude strahlte aus den Gesichtern der Mutter und ihrer Kinder, in ihnen war das schlichte, höchste Menschenglück verkörpert, die Ruine aber gemahnte an die Vergänglichkeit aller irdischen, auch der erhabensten Schönheit.

Beestow, dessen Selbstvertrauen immer noch nicht gefestigt war, sofort bereit, seine eigene Schöpfung herabzusetzen und die Arbeit des anderen zu überschätzen.

Fast tat es ihm leid, daß er Linden auch hier wieder, wenn schon ungewollt, hindernd in den Weg getreten war. Leonhardt gab mit Recht diesem Gemälde den Vorzug.

Aber die Würfel waren gefallen, und zwar zu Reinholds Gunsten. Vielleicht fand sich auch für die „Klostermauer“ ein Käufer, obgleich Kaufstücker so rar waren wie echte Perlen.

(Fortsetzung folgt.)

Partei übertragen sind, die Erlaubnis der vorgeordneten Behörde eingeholt werden muß. Sollte diese verweigert werden, so ist Beschwerde an den Minister zulässig. Bei dieser Gelegenheit betont der Minister, daß die Interessen der Schule bei derartigen Gelegenheiten vorgehen müssen, schärft er zugleich den Vorgesetzten der Lehrer ein, daß sie auch die berechtigten Wünsche der Lehrer Rücksicht nehmen müssen.

(S) Minderwertiger Zucker. Vorsicht beim Einkauf von beschlagnahmefreiem sog. Invertzucker. Viel wird jetzt angeblich beschlagnahmefreier Zucker angeboten, der in Wirklichkeit Auslandsware sein soll. Dieser Zucker kostet einen übertriebenen hohen Preis und ist qualitativ minderwertig, da er meistens einige Prozent Saccharin enthält. Das Publikum ist daher vor Einkauf von diesem Zucker dringend zu warnen, da Früchte, die mit demselben Zucker eingemacht werden, nicht haltbar sind und bei Weinverbesserung auch der Wein verderben kann.

Günstige Ernteaussichten. Von jährl. Lage Stelle in Berlin wird berichtet: Es sollen Reis und Hülsenfrüchte zur Verteilung gelangen. Die Aussichten für die kommende Ernte sind durchweg günstig. Die Ernte der Kartoffeln im allgemeinen den Durchschnitt der Kriegsjahre. Aber die Kartoffelernte läßt sich ein abschließendes Urteil noch nicht fällen. Jedenfalls aber steht sie gut. Zum Teil ist die Getreidernte geradezu vorzüglich. In Pommern steht eine Ernte heran, die wahrscheinlich zu den besten gehört, die wir während des Krieges erzielt haben. Auch die Winterernte ist gut und die Anbaufläche für Futter ist weit größer als man ursprünglich angenommen hatte. Die Wintergerste wird in den nächsten Tagen schon geerntet werden und verspricht günstige Ergebnisse. Die Fleisch- und Fettversorgung aus eigenen Beständen ist weniger reich. Das einzige Mittel, unsere Fleisch- und Fettversorgung wieder auf die Höhe zu bringen, ist der Wiederaufbau der Schweinezucht.

Comp. Die Kirchenernte ist fast beendet. Der Ertrag war ein zufriedenstellender, die Preise im Verhältnis zu anderen Jahren — es wurden schon Kirchen für 3—4 Pf. das Pfund verkauft — recht ansehnlich.

Aus Nah und Fern.

Limburg, 14. Juli. Das alte Lied! Hier hatte wegen drohender Besetzung eine Notreiseprüfung stattgefunden. Die sämtlichen Oberprimaner bestanden. Da aber im Friedensvertrag unterzeichnet worden ist, ist das Examen nun ministerieller Verfügung ungültig, das heißt die Oberprimaner müssen sich Ostern erneut der Prüfung unterziehen.

Höhr, 14. Juli. Hier gerieten zwei junge Leute in Streit, bei welchem der eine mit Benzin beschüttet wurde. Dieser sich später eine Zigarette anzündete, gerieten die beiden in Brand. Der unglückliche Junge ist an den schweren Brandwunden gestorben.

Wiesbaden, 14. Juli. An die Stadt ist ein Konviktium herangekommen mit der Absicht, das der Stadt Wiesbaden gehörende Paulinenschloßchen zu pachten zu dem Zweck, dort eine Spielbank zu errichten. Als Pachtpreis für den ehemaligen Witwensitz der Herzogin Pauline, der Mutter des letzten Herzogs von Nassau, der von 1905 bis 1907 als Kurhausprovisorium diente, werden 100 000 M. jährlich geboten, wozu noch ein auf 2 bis 3 Millionen zu schätzender Anteil aus dem Spielerlös kommen soll.

Simmern, 14. Juli. Die „Sonnenschein Zeitung“ teilt mit, daß sie wegen Stilllegung des Gaswerks vorläufig nicht mehr erscheinen kann.

Simmern, 14. Juli. Ein schweres Hagelwetter ist über die Hundsrückdörfer Sargeroth und Belgweiler niedergegangen und hat die gesamte reisende Getreidernte vernichtet. Roggen, Gerste, Hafer und Weizen sind völlig zerschlagen. Die Regenfluten haben von den Abhängen des Simmerbach-Tales alles hinuntergeschwemmt, besonders die Kartoffeln. In Sargeroth gändete der Blitz Häuser an, die auch völlig niederbrannten.

Coblenz, 14. Juli. Das amerikanische Kriegsgericht verurteilte den Polizeibeamten Dillmann in Ehrenbreitstein, der einen amerikanischen Soldaten durch einen Revolverchuß getötet hatte, zu fünf Jahren Gefängnis.

Münstermaifeld, 14. Juli. Auf dem letzten Viehmarkt kosteten die 6—8 Wochen alten Ferkel 100—150 Mark. Trotz des großen Preisrückganges blieb ein großer Teil unverkauft.

Röln, 15. Juli. In Köln-Mülheim sind am Samstagabend zwei Frauen von dem Gelegenheitsarbeiter Joseph Kamen erschossen worden (Schwägerin und Geliebte). Der Täter ist flüchtig.

Düsseldorf, 15. Juli. Die Senkung eines Teiles der Lebensmittelpreise hat doch nicht allenthalben neue Forderungen höherer Löhne verhindern können. Wegen Senkung eines höheren Lohnes haben gestern die im Lokomotivbau der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik beschäftigten Kesselschmiede ohne Kündigung die Arbeit niedergelegt.

Eine andere Lohnbewegung ist im Zimmerergewerbe entstanden. Sämtliche Zimmerer haben am 11. Juli die Arbeit niedergelegt.

Kachen, 14. Juli. Falsche Tausendmarktscheine wurden in zwei hiesigen Geschäften in Zahlung gegeben. In dem einen Geschäft war der Käufer ein Mann in belgischer Militäruniform. Im zweiten Geschäft war eine gut gekleidete weibliche Person die Käuferin.

Dortmund, 14. Juli. Die vom Reich ausgehende Anordnung betreffend Senkung der Lebensmittelpreise in den nächsten drei Monaten verursacht der Stadt Dortmund eine mögliche Ausgabe von 468 000 M.

Dresden, 14. Juli. Sämtliche Hotels beschloßen von heute an wegen des Kellnerstreiks keine Gäste mehr aufzunehmen.

Wien, 14. Juli. Der Kraftwagen des Fürstbischofs von Prag, Kardinal Skrzynski, ist umgestürzt. Der Kardinal wurde blutüberströmt bewußtlos darunter hervorgezogen.

Bern, 14. Juli. In Rom blieben am Samstag wieder die meisten Läden geschlossen. Die Apotheken wurden genötigt, Arzneimittel und Toilettegegenstände zu halben Preisen abzugeben, um Plünderungen zu vermeiden. In Lucca (Lukken) kam es zu blutigen Zusammenstößen die sechs Tote und 27 Verwundete forderten. Ueber die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt.

Was ist ein Schieber?

Ein nichts gewellenes,
Doch ansehnliches,
Jetzt nur noch fr—essendes,
Anstand vergessendes,
Bildung entbehrendes,
Menschum entehrendes,
Alles vertuerndes,
Nur stets erneuerndes
Freihandel hemmendes,
Kassens überschwemmendes,
Gierig schmarrndes,
Gefährlich prophezes,
Praktisch behagendes,
In Ranglogen prangendes,
Auf Rennpferde wettendes,
In Unzucht sich bettendes,
Sektströme sprühendes,
Auto besitzendes,
Weltbad besuchendes,
Preissturz verfluchendes,
Ehrer betrügendes,
Jeden belagendes,
„Tippstopp“ gekleidetes,
Vielfach beneidetes,
Alle empörendes,
An den Galgen gehörendes
Widerliches
Individuum!

Waldemar von Richelieu

Abkommen über die Rheinlande.

(Fortsetzung.)

Artikel 5. Die Verwaltung der Provinzen, der Regierungsbezirke, der Stadtkreise, der Landkreise und der Gemeinden bleibt in der Hand der deutschen Behörden. Die Zivilverwaltung dieser Zonen geht nach der deutschen Gesetzgebung und unter Oberhoheit der deutschen Zentralregierung weiter mit Ausnahme der Regelung, die von Seiten des Hohen Ausschusses im Verordnungswege vorgenommen wird, soweit dieser Ausschuss es nach Artikel 5 nicht für nötig erachtet, diese Verwaltung den Bedürfnissen und Verhältnissen der militärischen Besetzung anzupassen. Es herrscht Einverständnis darüber, daß die deutschen Behörden unter Strafe der Abberufung insbesondere verpflichtet sind, sich nach allen auf Grund des vorstehenden Artikels 3 ergangenen Verordnungen zu richten.

Artikel 6. Das Recht der Verdringung von Natural- und Dienstleistungen, so wie es im Sager Abkommen vom Jahre 1907 geregelt ist, wird von den alliierten und assoziierten Okkupationsstruppen ausgeübt.

Die Lasten, die durch die in der Zone jeder alliierten oder assoziierten Armee vorgenommenen Verdringungen verursacht werden, sowie die Abschätzung der von den Okkupationsstruppen verursachten Schäden werden von Ortsausschüssen festgesetzt, die in gleichmäßiger Vertretung zugleich aus deutschen, von den deutschen Zivilbehörden ernannten Zivilpersonen und alliierten Offizieren bestehen, und deren Vorsitz von einer vom Hohen Ausschuss ernannten Persönlichkeit wahrgenommen wird.

Die deutsche Regierung trägt die Unterhaltungskosten der Besetzungstruppen unter den im Vertrag festgesetzten Bedingungen weiter. Die deutsche Regierung trägt gleichfalls die Kosten des Amtsbetriebes und der Unterbringung des Ausschusses. Für die Unterbringung des Hohen Ausschusses werden nach Zuratziehung der deutschen Regierung angemessene Räumlichkeiten gewählt.

Artikel 7. Die alliierten Truppen halten weiterhin die Räumlichkeiten besetzt, die sie gegenwärtig innehaben, und zwar unter Maßgabe der Bestimmungen des nachstehenden Artikels 8 b.

Artikel 8. a) Die deutsche Regierung verpflichtet sich, den alliierten und assoziierten Truppen alle für sie erforderlichen militärischen Gebäude zur Verfügung zu stellen und sie in gutem Zustande zu unterhalten, desgleichen die erforderlichen Einrichtungsgegenstände, Heizung und Beleuchtung, und zwar nach Maßgabe der daraus bezüglichen Bestimmungen, die gegenwärtig bei den verschiedenen oben genannten Truppen in Kraft stehen. Darin sind einbezogen die Behausungen für die Offiziere und Mannschaften, die Wachmannschaften, die Kanzleien, die Verwaltungen, die Regimentsstämme, die Generalstämme, die Werkstätten, die Vorratsräume, Hospitäler, Bäckereien, Regimentsküchen, Reitbahnen, Stallungen, Exerzierplätze, Infanterie- und Artilleriegeschützplätze, Flugplätze, Weiden, Lebensmittellager, Wandwerkstätten, sowie Grundstücke für die Theater und Lichtspielhäuser, Sport- und Erholungsplätze für die Truppen in genügender Zahl.

b) Die Mannschaften und Unteroffiziere werden in Kasernen untergebracht und nicht bei der Zivilbevölkerung einquartiert, es sei denn in Fällen außergewöhnlicher Dringlichkeit.

Falls die bestehenden militärischen Anlagen sich als unzureichend oder ungeeignet erweisen sollten, dürfen die alliierten und assoziierten Truppen von jedem öffentlichen oder privaten Gebäude mit seinem Personal Besitz ergreifen wenn es ihnen für diesen Zweck geeignet erscheint oder, falls dies nicht ausreicht, die Errichtung neuer Kasernen fordern. Die Zivilbeamten, die Offiziere und ihre Familien dürfen bei der Zivilbevölkerung nach Maßgabe der bei jeder einzelnen Armee für die Einquartierung zurzeit in Kraft befindlichen Bestimmungen untergebracht werden.
(Schluß folgt.)

Lezte Nachrichten.

W e i m a r, 15. Juli. Der Ausschuss der Nationalversammlung, an den der Gesetzentwurf über die Siedlung zurückerwiesen worden ist, beschloß in seiner heutigen Sitzung mit 14 gegen 12 Stimmen, daß nur Grundstücke enteignet werden dürfen, die mehr als 100 Hektar groß sind.

B a s e l, 15. Juli. Pariser Blätter berichten: Die französische Grenze und die französischen Häfen bleiben für Deutschland vorläufig geschlossen.

B e r l i n, 15. Juli. Nach eingehenden Besprechungen mit sämtlichen beteiligten Ressorts wird in den nächsten Tagen in Köln eine Zusammenkunft aller Brückenkopfschefs und in Frage kommenden Sachverständigen stattfinden, um eine endgültige Regelung des Verkehrs zwischen besetztem und unbezetztem Gebiet herbeizuführen.

B e r l i n, 15. Juli. Im Clemenceau sind zwei Noten abgegangen. In der einen wird mitgeteilt, daß der Regierungspräsident v. Staud zum Reichskommissar für die besetzten Gebiete ernannt worden ist. In der andern werden Verhandlungen zur Ausführung der im Friedensvertrag vorgesehenen Übergabe von Eupen und Malmedy und der Berowert im Saargebiet vorgeschlagen.

Die Zukunft der Rheinlande.

W e i m a r, 15. Juli. Während die Verhandlungen im Plenum der Nationalversammlung unter mehr oder weniger großer Anteilnahme der Abgeordneten vor sich gehen, dauern in den Wandelgängen und den kleinen parlamentarischen Zimmern die Besprechungen zwischen den Fraktionen, der Reichsregierung und dem preussischen Kabinett über die Sonderbestrebungen im Westen fort. Das Rheinland und die benachbarten preussischen Landesteile sind das Schmerzenskind des Parlamentes, weil man sich darüber klar ist, daß all die Bestrebungen, die dort im Gange sind, unbeschadet der Absichten, die mit ihnen verbunden sind, grundsätzliche Bedeutung haben sowohl für den Bestand Preußens wie auch für die verfassungsrechtlichen Zustände und die Länderbildung sowie endlich für den dauernden Zusammenhang des Reichs überhaupt. Bei dieser grundsätzlichen Bedeutung ist es notwendig, die westliche Frage unabhängig von Parteileidenschaft und Interessenagitation allein von der Warte der zukünftigen Entwicklung aus zu betrachten, und das bedingt, daß man nicht in diesen von nationalen und internationalen Gefühlen und Problemen beunruhigten Zeiten die Dinge überhastet, sondern lediglich in sachlichen Beratungen vorbereitet und Richtlinien zu finden sucht, die nicht nur den betroffenen Landesteilen, sondern dem Staats- und Reichsganzen dienen. Von diesen Erwägungen ausgehend finden dauernd sachliche Besprechungen statt, an denen neben den parlamentarischen Instanzen Mitglieder des preussischen Ministeriums und Ausschüsse aus dem Rheinlande teilnehmen. Im preussischen Ministerium erklärt man, daß die rheinische Frage zurzeit noch nicht spruchreif sei, daß die jüngst veröffentlichte Auslassung über eine provinzielle Reform in der Richtung auf weitgehende Autonomie kein Kabinettsbeschuß, sondern lediglich eine Skizze kommender Möglichkeiten sei.

W e i m a r, 15. Juli. Heute nachmittag war hier eine Besprechung der rechtsrheinischen Abgeordneten mit Vertretern des Reichsministeriums des Innern, des preussischen Ministeriums, des Ministers Heine und mit dem Essener Ausschuss. Es wurde die rheinische Frage, insbesondere die Errichtung der Industriezone, besprochen im Zusammenhang der Erhaltung der Selbstständigkeit des Reiches, der Gewährung von Autonomie in den Provinzen und unter dem Gesichtspunkt der augenblicklich herrschenden Nervosität und agitatorischen Ausnutzung aller Selbstständigkeitsbestrebungen. Bemerkenswert ist, daß das Zentrum gegen eine selbstständige Industriezone ist. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Vanderslotheuer.

W e i m a r, 15. Juli. Die Tabaksteuerkommission erhöhte die Staffelung der Zigarettensteuer über die Vorlage hinaus. Die Regierungsvorlage machte bei der Zigarette von über 25 Pfg. halt, die Kommission staffelte bis 50 Pfg. und darüber durch und sogar mit erheblichen Steuererhöhen bis zu 300 Mark für das Tausend. Desgleichen wurde der Einfuhrzoll für den Doppelzentner Zigaretten von 4500 Mark der Regierungsvorlage auf 7500 M. erhöht. Beide Beschlüsse wurden wesentlich begründet mit dem Schutzbedürfnis für die Zigarette. Sodann setzte der Ausschuss die Erörterung der Steuerreform für die Zigarette fort. Es sprachen sich die Vertreter der Sozialdemokratie und der Mehrheit des Zentrums für die Vanderslotheuer, die wesentlich vom Standpunkt des Fiskus und der Arbeiterschaft vorzuziehen sei. Die Vertreter der Demokratischen und der Deutschnationalen Partei sprachen sich zugunsten der Mittelbetriebe für die Kalkulationssteuer aus. Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei bekannte sich zu den Vorzügen der Vanderslotheuer, sah aber in der Kalkulationssteuer kein Hindernis, wenn ausreichende Sicherheit für die Verhütung großer Steuerunterschleife gegeben werde. Die Abstimmung ergab mit 16 Stimmen der Mehrheitsparteien gegen 10 Stimmen der übrigen Parteien die Annahme der Vanderslotheuer.

